



HALLE ★ *Die Stadt*

Antrag

Nummer: III/2002/02433

Datum: 28.05.2002

Wiedervorlage:

Aktz.:

Bezug-Nr.:

Abteilung/Amt/Fraktion SPD
Lehmann, Knut

Beratungsfolge	Termin	Status	Zustimmung	Veränderung	Ablehnung
Stadtrat	25.09.2002	öffentlich beschließend			

Betreff: Antrag der SPD-Fraktion - Oberzentren stärken - kommunale Selbstverwaltung erhalten

Beschlussvorschlag:

1. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, zügig mit der neuen Landesregierung Gespräche zur Lösung der Stadt-Umland-Problematik (§ 31 GO LSA) aufzunehmen.
2. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, die Verhandlungen mit Umlandgemeinden hinsichtlich Eingemeindung fortzusetzen.

Begründung:

Nach der Ankündigung der neuen Landesregierung, die Gebietsreform in Sachsen-Anhalt prinzipiell zu stoppen, die Stadt-Umland-Problematik jedoch lösen zu wollen, hat sich für die Stadt Halle (Saale) Handlungsbedarf ergeben. Insbesondere sind die genauen Absichten der neuen Landesregierung zu klären (Punkt 1).

Die Notwendigkeit von Eingemeindungen ergibt sich für die Stadt Halle (Saale) unverändert. Dies wurde durch das Stadt-Umland-Gutachten und die Berger-Studie nachgewiesen. Der Stadtrat hat deshalb mit BV-Nr.: III/2001/01764 vom 17.10.2001 und BV-Nr.: III/2002/02221 vom 27.03.2002 diese Notwendigkeit erkannt und entsprechende Handlungslinien für die Verwaltung erarbeitet (Punkt 2).

gez. Knut Lehmann
Fraktionsvorsitzender

Stellungnahme der Verwaltung zu Punkt 1 und 2:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Wie bereits der Städte- und Gemeindebund in Stellungnahmen deutlich zum Ausdruck gebracht hat, reichen die Ankündigungen der Landesregierung in der Koalitionsvereinbarung nicht aus, um eine Stärkung der kommunalen Leistungskraft zu erzielen.

Damit wird erneut eine Chance für die Entwicklung von zukunftsfähigen Strukturen vertan. Die Stadt Halle trägt die Lasten eines Oberzentrums für die Region, ohne in ausreichendem Maße einen finanziellen Ausgleich zu erhalten. Die Stadtverwaltung fühlt sich weiterhin an den Beschluss des Stadtrates vom 27.03.02 gebunden.

Die Oberbürgermeisterin wird hierzu ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten führen und hier die Situation der Stadt Halle verdeutlichen.

Weiterhin werden die Verhandlungen mit den Umlandgemeinden fortgesetzt. Allerdings wird dies in der jetzigen Situation weiter erschwert, da die Landesregierung beabsichtigt, die drei Vorschaltgesetze aufzuheben. Es ist illusorisch, anzunehmen, die erforderlichen Eingemeindungen seien im erforderlichen Umfang auf freiwilliger Basis zu erreichen.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin